

## **Social media – wenn Privates politisch wird...**

Social Media Plattformen wie Facebook und Google+ sind nicht nur ein einfaches und praktisches Instrument zur privaten Kommunikation sondern ergänzen immer mehr die klassische politische Kommunikation. Eine bewusste Auseinandersetzung bezüglich des Einsatzes von Social Media ist durchaus von Nöten. Was einmal im Netz veröffentlicht wurde, ist nur schwer wieder von dort zu entfernen. Die dort eingestellten Inhalte können schnell geteilt werden, sodass deren Verbreitung nicht mehr kontrolliert werden kann. Wir wollen mit diesem Leitfaden keine Ängste aufbauen, sondern eine Handreichung dafür geben, wie man am Besten das Netz mit all seinen Möglichkeiten für sich und seine politische Arbeit nutzt.

### **Der Begriff der „Freundschaft“ in den sozialen Netzwerken**

Facebook und Co. propagieren das System einer weltumfassenden Freundschaft. Der Maßstab für die Annahme einer Freundschaftsanfrage sollte in erster Linie die persönliche Bekanntschaft sein. Hilfreich ist es auch, gemeinsame Kontakte darauf anzusprechen, wer der Anfragende sei. Der Begriff „Freundschaft“ wird auf den Plattformen etwas aufgeweicht. Man verbindet sich nicht nur mit engen Freunden sondern auch mit gemeinsamen Bekannten, Arbeitskollegen, Parteiliebenden etc. Nicht jede Information, die man im Internet veröffentlicht, möchte man auch jedem zugänglich machen. Hilfreich für das passgenauere Verbreiten ist die Möglichkeit, sogenannte Freundeslisten einzurichten. Man ordnet also die mit einem in Verbindung stehenden User in verschiedene Kategorien ein.

Gerade wenn Journalisten in der Freundesliste sind, kann dies hilfreich sein, da Statements von Facebook durchaus auch in der Presse zitiert werden. Eine solche Einordnung in Listen ist ein einmaliger Aufwand, der die Nutzung erheblich vereinfacht.

### **Private Nutzung vs. öffentliche Seiten**

Für Mandatsträger und Kandidaten für öffentliche Ämter ist zu überlegen, ob eine eigene Facebook-Seite sinnvoll ist. So kann dann strikt zwischen dem privaten Profil und dem politischen Engagement unterschieden werden.

Im Alltag muss man sich bewusst sein, dass die Postings im öffentlichen Raum stattfinden. Dies gilt sowohl für die Inhalte als auch die Art und Weise des Posts. Verlinkungen von Seiten oder Personen, das Teilen von externen Links machen die Nachricht interessanter. Je provokativer die These oder das Thema, desto stärker fallen die Reaktionen aus. Dies sollte immer bedacht werden. Hitzige Diskussionen in den Kommentaren können sich daraus entwickeln, die sich eventuell nur schwierig beruhigen lassen und der eigentliche Inhalt des Posts rückt dabei öfters in den Hintergrund. Ähnlich wie dies bei Leserbriefdiskussionen in der Presse passiert. Jedoch können hier die Reaktionen schneller veröffentlicht werden.

### **Die Nettiquette im WWW**

Um hier Beleidigungen oder ähnliches zu vermeiden, sollten auf einer Seite gewisse Grundregeln, eine sogenannte Nettiquette, festgelegt werden. Vorlagen gibt es hierzu im Internet. ([www.csunity.de](http://www.csunity.de))

*Willkommen bei der CSU Musterstadt. Diskutiert mit! Wir freuen uns über Eure Beiträge.*

*Auf unserer Seite gelten Verhaltensregeln, die den Umgang miteinander ordnen und lenken sollen. Als Umgangsform wird Höflichkeit, Toleranz und Respekt vorausgesetzt.*

*Auf unserer Pinnwand wollen wir offene und faire Diskussionen. Beleidigende oder herabwürdigende Beiträge jenseits einer sachlichen Auseinandersetzung werden nicht geduldet. Wir behalten uns vor, Postings, die offensichtlich von Fakeprofilen stammen zu löschen und den betreffenden Nutzer zu sperren.*

*Auch Beiträge, die gegen geltendes Recht verstoßen, werden gelöscht. Ebenso wie Werbung und Spam oder Postings, die mehrfach auf unserer Pinnwand publiziert worden sind.*

*Im Übrigen dürfen wir auf die geltende Nettiquette hinweisen.*

Egal ob auf einem Profil oder einer Seite - es sollten so wenig wie möglich Kommentare gelöscht werden, um den Eindruck von „Zensur“ zu vermeiden. Sollte dies aufgrund von Beleidigungen unumgänglich sein, sollte in einem Posting die Löschung erwähnt und auf die Verhaltensregeln hingewiesen werden. Bloße Falschbehauptungen werden eventuell durch andere Nutzer als solche offenbart,

wenn nicht, sollte man den Sachverhalt zunächst richtig stellen, bevor diese gelöscht werden.

Das Löschen gewisser Freunde oder ein Blockieren von Nutzern auf einer Seite sollte das letzte Mittel der Wahl sein. Nur in Fällen, in denen ein Nutzer mehrere schwerwiegende Fehlritte begangen hat und nicht davon auszugehen ist, dass sich dies ändert, sollte hierzu gegriffen werden.

Sollte ein User Eure Seite zur Verbreitung rechts- und verfassungswidriger Gedanken und Zeichen missbrauchen, sollte neben der Begründung der Löschung auf jeden Fall ein Screenshot angefertigt werden, um bei weiterem juristischem Vorgehen Beweismittel zu besitzen. Personen, die häufig negativ auffallen, können auch beim Betreiber der Plattform gemeldet und von diesem gesperrt werden.

Wenn diese Punkte beachtet werden, ist Social Media eine gute Möglichkeit, sich über politische Themen auszutauschen.

Redaktion:

Benedikt Lika

Fabian Trautmann